

Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft: Ein Thema für die Bildung

Vortrag beim 5. Fachtag des
Thüringer Landesverbandes der Schulfördervereine e.V.,
Erfurt, 26. Januar 2013

Rupert Graf Strachwitz*

I. Einleitung

Am 20. Januar 2013 fand ich in meiner Mailbox die Ankündigung einer neuen Internet-Plattform: Unter www.bildungsstifter.de wurde ein Überblick über innovative Projekte in der Bildung versprochen. „Hier kann man sich informieren, sich engagieren und Bildungsinnovationen aktiv unterstützen.“¹ Nach Angabe der Verantwortlichen werden zum Start 12 Bildungsinitiativen vorgestellt. Die erste Kritik erreichte mich noch am selben Tag: Der Initiator der Initiative psi 21, Albert Reinhardt, schrieb: „Mit ihrem großartigen (PR-) Engagement lenken sie [die Bildungsstifter] zugleich die Aufmerksamkeit von eleganteren Lösungen ab, mit Hilfe derer sich Jugendliche ... (selbst-) wirksam sozialisieren können.“² Auf die Frage, wer nun recht hat, will ich gar nicht eingehen. Dazu fehlt mir die Kompetenz. Aus meinem Blickwinkel umfasst die neue Initiative recht unterschiedliche Akteure. Vielleicht ist psi-21 von der Jury nicht in die präsentierte Auswahl genommen worden. Ich benutze vielmehr diesen kleinen aktuellen Fall, um im Zusammenhang mit dem Thema, das ich heute behandeln will, auf drei Elemente aufmerksam zu machen:

Zum einen wird wieder einmal offenkundig, dass in der Zivilgesellschaft – und in dieser Arena bewegen sich beide genannten Akteure – Wettbewerb herrscht. Niemand kann hier eine Deutungs-, Gestaltungs- oder gar Durchführungshoheit für sich in Anspruch nehmen. Zur modernen Zivilgesellschaft gehört prinzipiell das Prinzip der Pluralität, auch das des Respekts vor der Position anderer Akteure, und sie merken vielleicht schon, dass hier in Bezug auf die Schule ein Problemfeld in den Blick kommt. Ich werde nochmals darauf zurückkommen.

Zum zweiten macht Reinhardt durchaus auf einen zentralen Aspekt des bürgerschaftlichen Engagements aufmerksam, wenn er davon spricht, dass sich Jugendliche selbst wirksam sozialisieren können und sollen.

Zum dritten aber offenbart die neue Initiative eine Schwäche vieler zivilgesellschaftlicher Unternehmungen. Sie sucht mit dem Satz „Jeder kann ... genau jene von diesen besonders wirkungsvollen Initiativen fördern, die ihn am meisten überzeugen – durch Spenden, persönliches Engagement oder als Botschafter“ nach Unterstützern. Zumindest mir drängt sich der Verdacht auf, persönliches Engagement und Botschafter seien nur sehr nachrangig gemeint, die Botschafter schon deshalb, weil die üblicherweise für solchen Dienst Gesuchten, in irgendeiner Form prominente Zeitgenossen, nicht auf eine E-Mail hin von sich aus kommen, sondern überredet werden müssen. Es geht also doch in erster Linie wieder mal ums Geld, um Spenden für die vorgestellten Organisationen. Liest man weiter, wird dies noch deutlicher: „Jeder kann konkrete lokale Projekte dieser Initiativen in seinem Ort, an seiner Schule fördern...“ und „Jeder kann die praktische Arbeit all dieser Projekte vor Ort ... pauschal fördern durch eine Fördermitgliedschaft.“³ Sieht man auf die wohl erst vor kurzem geöffnete Liste von Mitträgern, verstärkt sich der Eindruck noch weiter. Im Kern haben wir es mit einem Spendenportal zu tun. Ich gebe zu: Ich habe nicht alles vorgelesen; und natürlich bestreite ich in keiner Weise die Notwendigkeit des Fundraising für Initiativen dieser Art. Das permanente, systemische Prekariat der Zivilgesellschaft ist ein ernstes Problem. Aber meine These heißt: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft in Verbindung mit Bildung und Schule ist kein, oder jedenfalls nicht in erster Linie ein Fundraising- oder Spenden-Thema. Was es nach meiner Auffassung tatsächlich ist, möchte ich in den nächsten Minuten zur Diskussion stellen.

* Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz ist Politikwissenschaftler. Er ist Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin (www.maecenata.eu / www.strachwitz.info).

¹ E-Mail peter.spiegel@gensis-institute.org vom 20. Januar 2013

² E-Mail albert-reinhardt@psi-21.de vom 20. Januar 2013

³ E-Mail Spiegel a.a.O.

II. Herausforderungen

Ich sage nichts neues, wenn ich behaupte, unsere Gesellschaft sitzt auf einer ganzen Reihe von Zeitbomben. Jede von diesen kann jederzeit hochgehen und einen gesellschaftlichen Super-Gau hervorrufen, für den wir in keiner Weise gerüstet sind. Zwei Zeitbomben sind bereits hochgegangen: die internationale Finanzkrise und die Euro-Krise waren solche. Und doch gaukeln wir uns permanent vor, unsere Regierungen und unsere Wirtschaft hätten alles im Griff. Gerade diese speziellen Krisen haben uns in dieser Hinsicht verdorben. Wir können aber nicht darüber hinwegsehen, daß wir unsere natürlichen Ressourcen zu stark ausbeuten und damit den kommenden Generationen zu wenig davon hinterlassen. Wie die kommenden Generationen ihren Energiebedarf decken werden, ist völlig offen. Wir haben keine Ahnung, welche Folgen der Klimawandel für uns und unsere Kinder haben wird. Wir wissen, dass sich die Alterspyramide im letzten Jahrhundert fast völlig auf den Kopf gestellt hat. Die Erde wird heute von mehr als doppelt so vielen Menschen bevölkert wie noch vor einer Generation. Aber wir wissen nicht, ob sich diese Entwicklung linear fortsetzen wird und schon gar nicht, wo die Grenze der Erträglichkeit liegt und wann und ob diese, möglicherweise schon in diesem Jahrhundert erreicht wird. Damit geht der Zusammenbruch des Wohlfahrtsstaates einher. Die große soziale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, die auf der Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger aufgebaute nationale Gesellschaft, kann das, was sie leisten soll, nicht mehr leisten und wird es auch in Zukunft nicht wieder können. Über all dies nachzudenken, könnte uns zur Verzweiflung treiben. Aber mit Verzweiflung ist uns ebenso wenig geholfen wie mit dem pfadabhängigen Weiterwursteln und schon gar mit der Verdrängung der Zeitbomben, vor denen wir Angst haben. Wir durchleben einen fundamentalen Paradigmenwechsel und müssen uns der Herausforderung stellen, ihn zu bewältigen. Wir müssen Lösungen suchen und finden. „Wenn ein Sturm kommt“, sagt ein Sprichwort, „schließen die einen die Fenster, die anderen kaufen Windmühlen.“ Wenn wir als Europäer auf dieser Welt bestehen wollen, wenn wir unsere Traditionen, unsere Werte, unsere Freiheit verteidigen und weitergeben wollen, müssen wir schnellstens mit den Windmühlen beginnen. Sie symbolisieren eine grundsätzliche Haltung, für den die kommunikative Revolution nur ein Indikator ist. Eine menschen- und bürgergerechte Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, darf den Paradigmenwechsel nicht als Bedrohung oder Störung, sondern muss ihn als Chance für sozialen Wandel und sozialen Frieden, für eine nachhaltige Ordnung und als Weg aus der Krise begreifen. Sie muss die Herausforderung annehmen. Wir müssen neu denken lernen und unseren Kindern das neue Denken ermöglichen. Dies hat einschneidende Konsequenzen für unser Bildungssystem.

III. Worum geht es?

Die Undurchschaubarkeit der globalen Finanzströme hat jeden Rest von Solidarität aus den Angeln gehoben. Thomas Hobbes schien, jedenfalls bis vor kurzem, mit seinem Diktum Recht zu behalten, der Mensch sei des Menschen Wolf (*homo hominis lupus*), jeder sei als *homo oeconomicus* nur auf seinen Gewinn, auf die Durchsetzung seiner Interessen bedacht. Aber der Markt hat versagt. Die letzten Wirtschaftskrisen, insbesondere die von 2008 und 2011, haben uns dies überdeutlich vor Augen geführt. Zwar stellt der Markt uns hierzulande noch geradezu im Überfluss Güter und Dienstleistungen zur Verfügung, hält Arbeitsplätze vor und führt Steuern ab; doch wissen wir nicht, wie lange das noch gut geht. Staatliche Hilfen in Größenordnungen, die wir uns gar nicht vorstellen können, sind gewiss kein langfristiges Heilmittel. Der Markt hat einen Grad an Unabhängigkeit erreicht, der ihn zu einem gleichrangigen Akteur im öffentlichen Raum entwickelt hat. Jedoch ist er systemimmanent (wegen der für die Leistungskraft des Marktes notwendigen Konzentration auf die Optimierung der unternehmerischen Gewinne) nur im Zusammenwirken mit anderen zu einer bedingten Gemeinwohlorientierung in der Lage. Ob und inwieweit seine Akteure zu einer solchen Gemeinwohlorientierung bereit sind, kann allenfalls in Teilen erwartet werden. Zwar genießen Unternehmen heute Machtfülle und, selbst nach der großen Krise von 2007, Einfluss wie nie zuvor⁴. Eine besondere Verantwortlichkeit scheinen sie daraus mehrheitlich nicht abzuleiten. Und dem Trend zu weniger „Ich“ und mehr „Wir“ scheinen sie nicht zu folgen. Dazu sind sie wohl auch nur bedingt in der Lage. Dass es eine besondere – wachsende – Gemeinwirtschaft mit Genossenschaften und in neuen Formen des *social business* und *social entrepreneurship* gibt, ist ein Indiz dafür.

⁴ vgl. Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp 2012

Der Staat, den Hobbes als Ordnungsinstanz sah, ist dieser Aufgabe offenkundig nicht mehr gewachsen. Damit nicht genug: Das Grundgefüge der Gemeinschaft, in der wir leben, ist aus den Fugen geraten. Wir ahnen, dass das überkommene Modell eines Staates mit nationaler Regierung und Verwaltung, repräsentativer Demokratie und unabhängiger Gerichtsbarkeit immer weniger in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Wir erleben eine Politik ohne strategische Ziele, von Visionen gar nicht zu reden. Wir befürchten, eine postdemokratische Zeit sei angebrochen. Nicht nur exotische, von uns gern als unterentwickelt bezeichnete Staaten, sondern auch unser eigener ist längst an die Grenze seines Leistungsvermögens gelangt. Das politisch-administrative System des im 18. Jahrhundert entwickelten modernen Verfassungsstaats ist also an Grenzen gestoßen, die es ihm nicht erlauben, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts kreativ oder auch nur angemessen zu meistern. Regierungen und Verwaltungen sind als Generalbevollmächtigte der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr akzeptiert. Was Politiker gern als Staatsverdrossenheit beklagen, ist in Wirklichkeit eine Verdrossenheit mit den konventionellen staatlichen Akteuren, die mit steigendem Interesse an Politik in neuer Form und mit alternativen Akteuren einhergeht. Das Legitimitätsmonopol der repräsentativen Demokratie ist allenfalls ein nicht mehr einlösbarer Anspruch; die Wirklichkeit spiegelt er nicht wider. An dieser Entwicklung sind die staatlichen Akteure nicht unschuldig. Sie haben vielfach das Vertrauen ihrer Auftraggeber missbraucht, Eigen- und Machterhaltungsinteressen vor Gemeinwohlinteressen gestellt. In den letzten Jahrzehnten hat ein dramatischer Kompetenzverfall dafür gesorgt, dass Aufgaben nicht mehr sachgerecht oder nur zu weit überhöhten Kosten erledigt werden konnten. In den letzten Jahren ist ein maßlos übersteigertes Sicherheitsdenken hinzugekommen. Der Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts scheint durch den Sicherheitsstaat des 21. abgelöst zu werden. In den USA sind heute 20% aller Arbeitnehmer in sicherheitsbezogenen Berufen unterwegs. Eine Gesellschaft, die das nötig hat, kann schwerlich als gesund bezeichnet werden. Das Vertrauen der Mitglieder ineinander ist offenkundig erschüttert, vielleicht kein Wunder, wenn wir begreifen, dass wir heute in einer Weltgesellschaft leben.

Wir werden Zeugen einer zunehmenden Entstaatlichung von Politik. Politik ist längst nicht mehr allein Aufgabe des Staates. Politik findet heute auch im Markt statt, zunehmend aber auch in einer dritten Arena, die sich immer stärker in das Bewusstsein der Menschen und in das Gefüge der politischen Ordnung hineinschiebt: der Zivilgesellschaft. Noch ist es so, dass Zivilgesellschaft von unserem politisch-administrativen System nur dann gepriesen wird, wenn sie in fernen Ländern unliebsame Regime zu beseitigen hilft oder wenn sie Dienstleistungen erbringt, die der Staat versprochen hat aber nicht erbringen kann. Nach wie vor wird sie marginalisiert und instrumentalisiert. Dennoch: Zu unserer Lebenswirklichkeit gehört, daß wir in drei Arenen kollektiven Handelns agieren, jeder von uns – gleichzeitig, nach- und miteinander. DOT.GOV, DOT.COM und DOT.ORG sind heute gleichermaßen legitimiert, über öffentliche Angelegenheiten zu debattieren und Entwicklungsprozesse voranzutreiben⁵. Sie alle bilden, wie der politische Philosoph Volker Gerhardt in seinem neuen Buch herausstellt, eine legitimierte Öffentlichkeit⁶. Und wenn manche auf der Legitimität der demokratischer Entscheidungen herumreiten, so kann diese überhaupt nur durch die Akzeptanz dieser Entscheidungen einerseits und die deliberative und partizipative Entscheidungsvorbereitung andererseits zustande kommen.

In diesem Geschehen sind wir mehr als Zeugen und schon gar mehr als passive Zuschauer! Die neue Zeit prägt unser Leben; sie treibt uns voran. Mehr denn je müssen wir sie auch mitgestalten. Mehr denn je ist unser Gemeinschaftssinn gefragt. Engagement und Kommunikation bestimmen unser Handeln wie nie zuvor. Ein Blick in die Literatur, die Prognosen für die globale Entwicklung der Gesellschaft versucht, zeigt uns, dass die Auffassung, dass der einzelne engagierte Mensch in freiwilligen Zusammenschlüssen und Netzwerken hierzu entscheidendes beizutragen hat, heute herrschende Meinung ist⁷. Auch ich vertrete mit Entschiedenheit diese Auffassung. Unsere Gesellschaft muss von den Bürgerinnen und Bürgern her entwickelt werden. Hierzu müssen altbewährte, aber vielfach marginalisierte Formen des partnerschaftlichen Wettbewerbs der Ideen und der Kooperation in hierarchiefreien Netzwerken wieder belebt werden.

⁵ Parag Khanna, *Wie man die Welt regiert*. Berlin: Berlin Verlag 2011, S. 41, 293

⁶ Volker Gerhardt, *Öffentlichkeit – Die politische Form des Bewußtseins*. München: Beck 2012

⁷ S. hierzu u.v.a.: Colin Crouch, *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin 2011 / Parag Khanna, *Wie man die Welt regiert*. Berlin 2011 / Horst W. Opaschewski, *Wir! Warum Ichlinge keine Zukunft mehr haben*. Hamburg 2010 / Thomas Ramge, *Nach der Ego-Gesellschaft*. München/Zürich 2006 / Jeremy Rifkin, *Die empathische Zivilisation*. Frankfurt am Main 2012

IV. Der Paradigmenwechsel in der Gesellschaft

Über 200 Jahre hinweg haben wir versucht, eine Gesellschaft vom Großen zum Kleinen hin zu bauen. Das ist gescheitert. Vom einzelnen Bürger und der Bürgerin her müssen wir das machen. Individualität ist der Ausgangspunkt. Schon Karl Popper hat auf den Unterschied zwischen Individualismus und Egoismus hingewiesen⁸. Auf diesen Unterschied kommt es an, wenn wir die Ideen nutzbar machen wollen, die jeder hat, wenn man ihn oder sie nur lässt.

Wohlgemerkt: Wir Bürgerinnen und Bürger brauchen eine demokratisch legitimierte öffentliche Gewalt. Wir brauchen einen Markt der Güter und Dienstleistungen. Aber wir haben gelernt, dass wir aus diesen Arenen allein nicht die Beiträge erhalten, die notwendig sind. Wir brauchen die Akteure, die selbstermächtigt, gemeinschaftsorientiert und ohne den unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteil als Ziel antreten. Wir brauchen eine neue Aufgabenverteilung. Das seit rd. 30 Jahren zu beobachtende Erstarken der Zivilgesellschaft als dritte Arena des kollektiven Handelns im öffentlichen Raum ist deshalb ein Lösungsansatz. Ihre eigenverantwortlich und selbstermächtigt erbrachten, aus freiwillig übernommener Verantwortung konzipierten und angebotenen Beiträge sind nicht nur zu begrüßen, sondern unabdingbar notwendig, gleich, ob sie nun im Einzelnen die bestmögliche Lösung beinhalten oder nicht. Wir können uns nicht erlauben, auf ernstgemeinte Vorschläge zu verzichten. Diese dritte Arena, die Zivilgesellschaft, besitzt von daher eine originäre Handlungslegitimation im öffentlichen Raum. Sie vollumfänglich einzubeziehen ist eine gesellschaftspolitische Forderung und ein Gebot der praktischen Vernunft. Zivilgesellschaft ist kein Allheilmittel, ja nicht einmal der Rettungsanker, nach dem wir suchen. Aber ohne aktive, engagierte Zivilgesellschaft werden wir den Rettungsanker nicht finden. Sie ist nicht nett, sondern wichtig, gleich, ob sie unterstützend, protestierend, subversiv, alternativ oder in welcher Absicht auch immer auftritt, oder eben auch chaotisch. Aus dem Chaos entstehen das Engagement und die Kreativität, auf die wir angewiesen sind.

Die Zivilgesellschaft ist die Arena, in der sich 80% des bürgerschaftlichen Engagements manifestiert. Das heißt, sie ist die Arena der Freiwilligkeit und des Gemeinsinns schlechthin. Sie ist die Arena der Selbstermächtigung, der Selbstorganisation, vielfach der Selbstausbeutung. Sie ist die Arena, in der sich die Qualitäten entwickeln können, auf die unsere Gesellschaft in dieser historischen Situation vor allem angewiesen ist. Diese Arena wächst tatsächlich. Auch das bürgerschaftliche Engagement nimmt zu, aber nicht in dem Maß, das notwendig wäre. Um die Aktivisten müssen wir uns nicht kümmern, sie gibt es überall. Und ein gewisser Teil der Bürgerinnen und Bürger wird – leider – immer in einer Empfängerposition verharren. Dazwischen aber lebt die Mehrheit. Sie braucht Anstöße, Vorbilder, Hinführung, Ermutigung, Ertüchtigung zur Eigenverantwortung. Hier müssen wir auf der Suche nach Lösungen ansetzen!

V. Der Paradigmenwechsel in der Bildung

In einem 2011 erschienenen Buch mit dem Titel ‚Die Universität im 21. Jahrhundert‘ plädieren die Autoren dafür, die Universität müsse zum engagierten Bürger ausbilden⁹. Das ist richtig! Aber wir müssen früher ansetzen! Denn Eigenverantwortung ist nicht selbstverständlich. Nur 61% der Befragten stimmten 2010 der Aussage zu, Eigenverantwortung sei für eine funktionierende Gesellschaft sehr wichtig. Alarmierend ist dabei, dass jüngere Menschen (bis 34 Jahre) dies weit unterdurchschnittlich so sehen und, noch schlimmer, mit abnehmender Tendenz. In nur 2, noch dazu recht brisanten Jahren, hat der Anteil bei den 18- bis 24-Jährigen von 50 auf 46%, bei den 25- bis 34-Jährigen von 61 auf 56% abgenommen¹⁰. Hier stimmt, so die notwendige Schlussfolgerung, etwas mit unserem Bildungssystem nicht, für das vornehmlich der Staat verantwortlich ist. Dies wird noch durch eine andere Zahl unterstützt: 25% der Hauptschulabgänger wollen in den Staatsdienst eintreten. Bei den Hochschulabgängern sind es 50%. Das heißt: Je länger jemand unserem staatlichen Bildungssystem ausgesetzt ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Eigeninitiative und damit auch Eigenverantwortung dem recht bequemen Einordnen in eine

⁸ Karl Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde [1945]. Tübingen 1992, Bd. 1, S. 120 ff.

⁹ Yehuda Elkana / Hannes Klöpffer, Die Universität im 21. Jahrhundert. Für eine neue Einheit von Lehre, Forschung und Gesellschaft. Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2011

¹⁰ Deutscher Wertemonitor 2010, S. 13 f.

Hierarchie weichen, in dem Verantwortung im großen Kollektiv verschwindet. Diese Folgerung klingt nicht nur plausibel, sie ist durch zahlreiche Indizien der deutschen Geschichte der letzten 150 Jahre belegbar. Wenn Bürgerinnen und Bürger trotzdem die primären Tugenden der Zivilgesellschaft kannten und anwenden konnten, dann geschah und geschieht dies nicht wegen, sondern trotz der Bildung, die sie genossen hatten.

Die Herausforderung heißt daher, ein Bildungssystem radikal zu verändern, das über 300 Jahre gewachsen ist. Ursprünglich als Anstalten zur Heranbildung von qualifizierten Staatsdienern eingerichtet und im modernen Verfassungsstaat zur Ausbildung für die stets wachsenden Ziele des Staates ausgebaut, müssen unsere Bildungseinrichtungen in der postmodernen Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts gänzlich andere Ziele verfolgen. Dieser Wechsel wird dadurch erleichtert, dass eine umfassende Wissensvermittlung ohnehin an ihre Grenzen gestoßen ist. Die Einübung von Methoden der selbständigen Wissensakquisition erscheint als Ausbildungsziel weiterführend und korreliert mit der Einübung von Selbstermächtigung im Allgemeinen. Um den Paradigmenwechsel zu vollziehen, müssen daher zivilgesellschaftliche Tugenden in den Mittelpunkt des Bildungssystems gerückt werden. Ich erinnere nur an einige:

- Selbstermächtigung,
- Selbstorganisation,
- innere Unabhängigkeit,
- Flexibilität in der Lebensgestaltung,
- Anerkennung von Pluralität,
- Respekt vor allen Mitmenschen,
- bürgerschaftliches Engagement,
- Sinnstiftung,
- Vertrauen,
- Freiwilligkeit,
- Gemeinsinn,
- der Impuls zu schenken.

Gerade der letzte, bisher noch nicht erwähnte Punkt ist mir besonders wichtig. Der Impuls zu schenken scheint, so sagen uns die Primatenforscher, eine anthropologische Grundkonstante zu sein. Im Sog der Verwirtschafterung und Verrechtlicherung unserer Lebensverhältnisse ist uns dieser Impuls aberzogen worden¹¹. Auszumerzen war er nicht. Das oft übertriebene Schenken im privaten Bereich ist ein Indiz dafür. Was wir aber wieder trainieren müssen, ist das Schenken als prosoziales Verhalten¹². Wohlge-merkt: Gemeint ist das Schenken von

- Empathie,
- Wissen,
- Reputation,
- Zeit,
- Vermögenswerten.

All dies sind höchst individuelle, aber für das Gemeinwesen entscheidende Tugenden. Mit Hilfe dieser Tugenden vermögen die Organisationen der Zivilgesellschaft, die ihnen übertragene gesellschaftliche Funktion als

- Wächter,
- Themenanwälte,
- Mittler,
- Selbsthilfeorganisationen,
- Gemeinschaftsbildner, und letztlich auch
- Dienstleister

wahrzunehmen. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist ein spezifischer Mehrwert, den nur die Zivilgesellschaft erbringen kann.

¹¹ S. hierzu: Michael J. Sandel, *What Money Can't Buy*. New York 2012

¹² Frank Adloff/Eckhard Priller/Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.), *Prosoziales Verhalten – Spenden in interdisziplinärer Perspektive*. Stuttgart 2010.

Dieser umfasst beispielsweise

- Inklusion,
- Integration,
- Partizipation,
- Herstellung von sozialem Kapital,
- Schule der Demokratie, und schließlich
- Freiheit.

Nicht zuletzt geht es gerade hier um die eingangs erwähnten Werte von Pluralität und Respekt.

Das demokratische Staatswesen und der Markt müssten ein hohes Interesse daran haben, der Zivilgesellschaft dies zu ermöglichen. Es ist für beide eine Überlebensfrage. Andererseits weckt die Ermutigung auch ein Bewusstsein für die Grenze des Eingreifens von Staat und Markt in zivilgesellschaftliche Prozesse. Aktivierung, Steuerung oder gar Gängelung hohlen die Selbstermächtigung und Freiwilligkeit, den Geschenkcharakter, aus und führen zu Resignation oder revolutionären Gegenbewegungen. Wer hierfür sensibilisiert ist, lässt sich weniger gefallen. Das ist der Punkt, an dem es besonders schwierig wird. Das fast paranoide Sicherheits- und Kontrollbedürfnis des Staates und die von Ökonomen, namentlich der Schule von Chicago postulierte Allgegenwart und Omnipotenz des Marktes verhindern jedenfalls mit geradezu erstaunlicher Wirksamkeit, dass sich neues Denken und neue Bildungsziele durchsetzen¹³.

VI. Was ist zu tun?

Der Paradigmenwechsel in unserem Bildungssystem lässt sich daher über weite Strecken nicht mit den überkommenen Strukturen umsetzen, sondern nur gegen sie. Offenbar lässt er sich auch nicht durch strukturelle Veränderungen herbeiführen, sondern beinhaltet in sich einen tiefgreifenden Bildungsprozess. Dem steht eine fest verankerte kulturelle Tradition entgegen, die sich beispielsweise äußert in

- dem Primat staatlicher Bildungseinrichtungen,
- der staatlichen Regelungshoheit und
- der Zusammenarbeit zwischen Staat und Markt, aber nicht mit der Zivilgesellschaft bei der Definition der Lehrinhalte,
- dem erheblichen Einfluss des Staates auf zivilgesellschaftliches Handeln über Regulierung, Kontrakte, Subventionen usw. (das Phänomen des Para-Staats),
- der eindeutigen Bevorzugung der Dienstleistungsfunktion zivilgesellschaftlicher Organisationen gegenüber der Themenanwalts- oder Wächterfunktion, nicht zuletzt durch gesetzliche Beschränkungen.

All dies gilt es zu verändern. Voraussetzungen dafür sind

- ein grundlegender Bewusstseinswandel mit entsprechenden politischen Konsequenzen,
- die konsequente Schaffung einer Engagement-Kultur in Bildungseinrichtungen aller Art,
- die systematische Identifizierung von Möglichkeiten, Veränderungsprozesse in Gang zu setzen,
- die konsequente Umsetzung eines neuen Bildungsziels, das da heißt: Wir wollen selbständig denkende, kreative, selbstermächtigt handelnde, geschenk- und kooperationsorientierte Bürgerinnen und Bürger – kurz moderne *citoyens* – heranbilden.

Wir und unsere Kinder müssen lernen, dass auch im Umgang miteinander die Achtung vor dem anderen, vor seiner Suche nach Lösungen, das Experiment, die Vielfalt die angesagten Leitlinien sind. Die vom Staat traditionell beanspruchte alleinige Gestaltungshoheit ist obsolet.

Die Möglichkeiten, die sich hierzu bieten, kennen Sie besser als ich. Einige will ich dennoch kurz nennen:

- die Ausweitung der Mitsprachemöglichkeiten von gewählten Beiräten bei der Organisation des Schulbetriebs,
- die Durchforstung der Lehrinhalte im Hinblick auf nicht zielführende Themen,

¹³ Vgl. Crouch, a.a.O.

- die bewusste Aufnahme von zielführenden Lehrinhalten (im Geschichts-, Deutsch- und Sozialkundeunterricht und wahrscheinlich in zahlreichen Fächern, wenn man nur einmal kreativ darüber nachdenkt,
- die Schaffung größerer Freiheitsräume bei der Definition von Lehrinhalten,
- die Schaffung größerer Freiheitsräume bei der Erprobung pädagogischer Modelle,
- die Vermittlung von Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen als Lehrinhalt,
- die Aufnahme von Beispielen zivilgesellschaftlichen Handelns an passenden Stellen des Lehrplans in allen Fächern (etwa Lesebeispiele in Deutsch und Fremdsprachen, Aufsatzthemen usw.),
- die Ermöglichung von aktivem bürgerschaftlichem Engagement von Schülern und Eltern in den Schulen,
- die Ermöglichung von aktivem bürgerschaftlichem Engagement von Schülern und Lehrern außerhalb der Schule.

Am 25. Juni 2001, als der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ hatte, der ich angehörte, führte die FDP-Fraktion einen Dialog ‚Zukunft des Ehrenamtes‘ mit ca. 30 Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren durch. Als Moderator stellte ich den Teilnehmern unter anderem die Frage: „Würden Sie sagen, dass Schule ein wichtiger Ort ist, um bürgerschaftliches Engagement einzuüben?“ Bevor ich ihm überhaupt das Wort erteilen konnte, antwortete Oliver Kohmann, Mitgründer einer landesweiten Schülervertretung: „Wo denn sonst!“¹⁴ Hier also sehe ich eigentlich die Kernaufgabe eines Schulfördervereins. Selbst Teil der Zivilgesellschaft und Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements und zugleich ganz nahe dran und ohne andere Interessen, etwa der Mitgliederrekrutierung oder gar des Marketings für irgendwelche Produkte und Dienstleistungen¹⁵, kann er allererst dazu beitragen, dass der Prozess der Verzivilgesellschaftung auf den Weg kommt.

Der im wesentlichen beeindruckenden TLSFV-Studie zu Schulfördervereinen in Thüringen im Jahr 2011 habe ich entnommen, dass 18,2% der Vereine „ihre Schule“ bei der inhaltlichen Gestaltung unterstützen, hiervon allerdings weniger als 1/5 konzeptionell, das heißt unter 4% aller Vereine. Auch bei den anderen Unterstützungsarten liegt das konzeptionelle immer eher am Ende der Skala. Dominierend ist insgesamt die finanzielle Unterstützung und, erstaunlicherweise, die Unterstützung bei wichtigen, aber vielleicht letztlich doch nicht ganz zentralen Vorhaben, etwa die Förderung von Feiern und Festen. Kann es sein, dass die sicher den Ämtern und Schulleitungen auch manchmal lästigen weil aufsässigen Vereine ein wenig in diese Richtung abgedrängt werden, um sie von dem zentralen Thema der Gestaltung der Unterrichtsinhalte fernzuhalten? Ich jedenfalls sehe, nach erfolgreichen Aufbaujahren, hier eine wichtige geradezu missionarische Aufgabe. Ich weiß, nicht zuletzt von meinen eigenen Kindern, wie schwer sie ist. Um sie bewältigen zu können, ist eine daher pädagogische Begleitung unerlässlich. Hierzu gehören beispielsweise

- die Aufnahme von „train the trainer“ Programmen,
- die Durchforstung von Methoden und Inhalten der Lehrerbildung,
- die Würdigung von positiven Beispielen der Neuausrichtung an bestehenden privaten und staatlichen Bildungseinrichtungen im In- und Ausland („best practice“),
- die Förderung der Entwicklung und Erprobung neuer pädagogischer Modelle,
- eine beispielgebende Politik im Hinblick auf außerschulische Bildung (Beispiel: Jugendfreiwilligendienste).

Nicht zuletzt lässt sich in diesem Bereich von den Schulen in privater Trägerschaft, die von 8,4% der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen und 9,2% derer an berufsbildenden Schulen besucht werden, möglicherweise etwas lernen. Konzepte wie *service learning* und andere lassen sich dort jedenfalls offenbar leichter einführen. Es gibt allerdings auch wunderbare Beispiele für engagamentorientierte Reformschulen in öffentlicher Trägerschaft. Das ohne Zweifel sehr dicke Brett der Neuausrichtung unserer Schulbildung wird, das ist die gute Nachricht, durchaus schon an- und stellenweise auch schon durchbohrt.

¹⁴ FDP-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Elke Becker (Bericht), Dialog „Zukunft des Ehrenamtes“. Berlin, 25. Juni 2001

¹⁵ vgl. Michael J. Sandel, *What Money Can't Buy*. New York: Farrar, Straus and Giroux 2012

VII. Fazit

Über lange Zeit hat im Staat, aber auch in den Kirchen das Prinzip gegolten, durch eine frühzeitige Beeinflussung der Jugend ließen sich Inhalte und Strukturen perpetuieren. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat gezeigt, dass dieses Prinzip gescheitert ist. Es hat vielmehr Gegenbewegungen hervorgerufen, die mittel- oder langfristig die Perpetuierung verhindert haben. Dennoch halten Staat und Markt erstaunlicherweise an diesem Prinzip fest. Es erscheint an der Zeit, es zugunsten der bewussten Förderung individueller Entwicklung aufzugeben, um die zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen notwendige Kreativität freizusetzen. Es erscheint nicht unwahrscheinlich, dass die Ermöglichung von viel Freiheit schon im Wege der Gegenbewegung eine Orientierung auf – wenn auch vielleicht neue – Ordnungskriterien zur Folge haben wird, wobei Erfahrungen sicherlich in neue Konzepte einfließen werden.

In einer 2009 herausgegebenen Festschrift des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft für ihren Vorsitzenden Arend Oetker mit dem Titel ‚Bildung? Bildung!, 26 Thesen zur Bildung als Herausforderung im 21. Jahrhundert‘¹⁶ werden diese Herausforderungen von 26 namhaften Autorinnen und Autoren vorgebracht und begründet. Kein einziger thematisiert die Herausforderung, die ich gerade skizziert habe. Dies mag ein Hinweis darauf sein, dass meine Position abseitig, grenzwertig oder so marginal ist, dass sie weitere Beachtung nicht verdient. Das glaube ich aber nicht. Vielmehr bin ich fest überzeugt, dass die Heranbildung selbstbewusster aber auch selbstverantwortlicher und selbstermächtigter Jugendlicher unserer Gesellschaft zum Segen gereichen wird. Sie können – und werden, davon bin ich überzeugt – dazu viel beitragen!

¹⁶ Andreas Schlüter / Peter Strohschneider (Hrsg.), Bildung? Bildung! 26 Thesen zur Bildung als Herausforderung im 21. Jahrhundert. Berlin: Berlin Verlag 2009